



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 11/ 2017

Wie weiter?

Nachdem unser Stadtverband bereits im Oktober eine erste Auswertung der Bundestagswahlen mit Andreas Büttner vornahm, lud am 08.11. 2017 der Kreisvorstand nach Angermünde ein. Andreas Büttner als Spitzenkandidat für das Direktmandat nahm auch hier eine Auswertung aus seiner Sicht vor. Thomas Nord, Bundestagsabgeordneter und Bundesschatzmeister nahm als Gast an unserer Beratung teil. Neben Thomas und mir nahm noch Anne Frieda im Präsidium Platz. Sie hatte auch die Versammlungsleitung übernommen. Aus organisatorischen Gründen fand die Veranstaltung an einem Abend statt. Das hatte wie erwartet auch Einfluss auf die Teilnahme, nur 36 Genossen nahmen an der Kreismitgliederversammlung teil. Auf der Tagesordnung stand aber nicht nur die Auswertung des Parteitages, es mussten auch die Dele-



gierten für den Bundes- und Landesparteitag, den Bundesausschuss sowie Ersatzdelegierten für alle Gremien gewählt werden. Nach der Eröffnung durch Heidi Hartig als Kreisvorsitzende, gedachten die Anwesenden aller, unserer in diesem Jahr verstorbenen Genossen.

Andreas Büttner hat einen intensiven

Wahlkampf mit vielen persönlichen Gesprächen und Erlebnissen hinter sich. Auch wenn er den Kampf um das Direktmandat nicht gewinnen konnte, will er weiter unser politischer Ansprechpartner in der Uckermark sein. Für seinen sozialen Anspruch auf menschenwürdige Renten, gegen Altersarmut hält er in seinem Beitrag fest. Wir brauchen mehr Nähe zu den Menschen, wir müssen wieder an sie herantreten.

Wahlkampf mit vielen persönlichen Gesprächen und Erlebnissen hinter sich. Auch wenn er den Kampf um das Direktmandat nicht gewinnen konnte, will er weiter unser politischer Ansprechpartner in der Uckermark sein. Für seinen sozialen Anspruch auf menschenwürdige Renten, gegen Altersarmut hält er in seinem Beitrag fest. Wir brauchen mehr Nähe zu den Menschen, wir müssen wieder an sie herantreten.

Aus dem Inhalt:

Kreismitgliederversammlung	S.1
Atomwaffen abschaffen!	S.2
Kreisgebietsreform	S.3
Armutspolitik	S.3
Koalitionsbildung im Bund	S.4
Besuch im Bundestag	S.4
Karl Marx	S.5

Erpressung?

Nach Streitereien mit dem Parteivorstand drohte Sahra Wagenknecht im Oktober in einem Brief an die Fraktionsmitglieder mit Rücktritt, wenn der „Machtkampf“ in der Partei nicht aufhört. Dietmar Woidke verband während einer Fraktionsklausur der SPD sein politisches Schicksal mit der Zustimmung der Abgeordneten zu den Gesetzen für die Kreisreform. Erpressung, Erpressung zeternten die Medien. Auch Bernd Riexinger konnte sich an die Adresse von Sahra gewandt nicht zurückhalten „Das Ende von Rücktrittsdrohungen und Erpressungen ist erreicht. Ich glaube, dass die Fraktion und die Partei das kein weiteres Mal mitmachen werden“. Erpressung ist ein schwerer Vorwurf. Sie ist ein Versuch, sich rechtswidrig durch Gewalt oder Androhung zu Lasten eines anderen zu bereichern. Davon kann weder bei Sahra noch bei Dietmar Woidke die Rede sein. Aber eine Nötigung der anderen ist es auf jeden Fall. Das dies durchaus erfolgreich sein kann, beweist die Bestätigung von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als Fraktionsvorsitzende. Aber Probleme löst man mit Nötigung nicht. Wer glaubt, nun geht bei den LINKEN wieder alles seinen Gang und die Streitereien sind vom Tisch, der irrt. Auch der Ministerpräsident musste einsehen, sein Druck auf die Abgeordneten der SPD hätte der Kreisreform auch nicht zum Sieg verholfen. Also zog er die Reißleine. Der Kreisverband DER LINKEN Uckermark hatte sie ohnehin nicht mehr mitgetragen. Die Genossen ließen sich nicht unter Druck setzen. Das hatten sie dem Landesvorstand zuvor in einem Brief deutlich gemacht.

Fortsetzung S. 2

Sylvia Anklam

kommen. Mit dem Verweis auf die anstehenden Bürgermeisterwahlen in Templin fordert er eine Auseinandersetzung mit der CDU. In der nachfolgenden Diskussion verwies Andreas noch darauf, dass wir gar nicht so schlecht sind, wir sollten uns nur besser verkaufen. Dem wurde auch in einigen anderen Diskussionsbeiträgen zugestimmt. Thomas Nord nahm eine sehr gründliche Analyse des hinter uns liegenden Bundestagswahlkampfes vor. Aus seiner Sicht haben wir einen starken Wahlkampf mit dem Maximum an unseren Möglichkeiten geführt. Dafür sprach er allen Wählkämpfern seinen Dank aus. Wir müssen aber berücksichtigen, dass wir nicht nur in unserem Kreisverband, sondern in der gesamten Partei viele unserer Genossen durch den Tod verlieren.

Damit verlieren wir auch unsere aktiven Wählkämpfer unsere „Kümmerer“, gerade im ländlichen Raum. Thomas verwies auch auf ein kulturelles Problem der LINKEN. Das sind die jungen Genossen, sie haben eine andere Vorstellung von Politik, damit muss man sich auseinandersetzen. Natürlich kam Thomas Nord nicht darum herum, auch auf die Konflikte innerhalb der Parteispitze einzugehen. Haben wir im Wahlkampf noch geschlossen gehandelt, so brachen unmittelbar danach wieder die unterschiedlichen Interessengruppen aufeinander. In der nachfolgenden Diskussion war das kein Thema. Zu dem Beitrag eines Genossen, dass viele Bürger unsere bestehenden Verhältnisse ablehnten, machte Thomas deutlich: Zu einer Demokratie gibt keine vernünftige Alter-

native. Nach der Diskussion hatte Frieda die Aufgabe durch den Wahlmarathon zu führen. Das machte sie schnell und souverän. Es wurde gewählt:

*Delegierte zum Bundesparteitag: Gabriele Brandt und Isabelle Vandré - Ersatzdelegierte Anne-Frieda Reinke;

*Delegierte zum Landesparteitag: Sylvia Anklam, Anne-Frieda Reinke, Isabell Vandré, Axel Krumrey, Heiko Poppe, Detlef Tabbert – Ersatzdelegierter Wolfgang Ackermann;

*Landesausschuss: Wolfgang Ackermann, Gabriele Brandt – Ersatzdelegierte Astrid Kaufmann

Ein Glückwunsch an alle gewählten Delegierten. Mit dem Schlusswort der Kreisvorsitzenden wurde die Mitgliederversammlung beendet.

Sylvia Anklam

Konsequent abrüsten! Atomwaffen verbieten!

Im Vorfeld der jährliche Abrüstungswoche vom 24.-30.10. 2017 erklärt Sabine Lösing, friedenspolitische Sprecherin der Delegation DIE LINKE im Europaparlament (Auszug): „Gerade in diesem Jahr, in dem mit ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) ein Bündnis mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, das maßgeblich zur Einführung des Atomwaffenverbotsvertrags beigetragen hat, ist es wichtig, das nun entstandene öffentliche Interesse zu nutzen und vehement für umfassende Nuklearabrüstungsmaßnahmen einzustehen. Ein fraktionsübergreifender Versuch, Vertreter*innen des Nobelpreisträgers in den Sicherheits- und Verteidigungsausschuss (SEDE) zum UN-Vertrag einzuladen, ist leider aufgrund der ablehnenden Haltung der Ausschussvorsitzenden gescheitert. Nun versuchen wir es über den Auswärtigen Ausschuss (AFET). Es ist wichtig, VertreterInnen der Zivilgesellschaft, die an der Ausgestaltung des

Vertrages aktiv mitgewirkt haben, ins EP einzuladen.“ „Leider zeigt die aktuelle Ablehnung des Atomwaffenverbotsvertrags, dass auf Seiten der

NATO-Mitgliedsstaaten und Atommächte noch nicht einmal der Wille besteht, dieser nuklearen Bedrohung gemeinsam entgegenzuwirken. Denn diese Staaten lehnten selbst die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag kategorisch ab. Mehr noch argumentieren sie, dass der Vertrag internationalem Frieden entgegenstehe und nicht mit dem Atomwaffensperrvertrag vereinbar sei. Warum dies der Fall sein sollte, wird von den Staaten jedoch nicht erläutert. Da grade der Atomwaffensperrvertrag die Vertragspartner zu Verhandlungen über einen Vertrag zur vollständigen nuklearen Abrüstung verpflichtet, ist es schwer, den Stellungnahmen nicht eine gewisse Absurdität zu unterstellen. Dass Frankreich, die USA und Großbritannien in einer gemeinsamen Stellungnahme es darüber hinaus auch noch ablehnen, jemals Vertragspartner des Atomwaffenverbotsvertrags zu werden, unterstreicht nur den Eindruck, dass sie ihre Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nicht sonderlich ernst nehmen.“



Kreisgebietsreform Brandenburg

Veränderungsbedarf bleibt - aber der bislang eingeschlagene Weg ist blockiert

Zur Ankündigung des Ministerpräsidenten, die geplante Verwaltungsstrukturreform abzusagen, erklären der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Christian Görke, und der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Ralf Christoffers:

Demokratie muss ohne Brechstange auskommen und braucht Mehrheiten in Parlament und Gesellschaft. Für das Projekt Verwaltungsstrukturreform in der bislang vorgesehen Form haben wir keine breite Zustimmung im Land erzielen können. Trotz eines mehrjährigen Diskussionsprozesses ist es nicht gelungen, den Zusammenschluss von Landkreisen nachvollziehbar zu begründen. Notwendige Veränderungen können aber nur gelingen, wenn der Weg von vielen getragen wird. Das war unser Ansatz von Anfang an. Deshalb hatten wir auf einen breiten Dialogprozess gesetzt. Wir müssen nun resümieren: Der Dialog hat die Türen nicht geöffnet, sondern die Fronten massiv verhärtet. Deswegen haben beide Koalitionspartner die Entscheidung getroffen, die Gesetzentwürfe zur Verwaltungsstrukturreform zurückzuziehen. Das heißt jedoch nicht, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten. Unstrittig ist sowohl im Ergebnis der Enquete-Kommission der vergangenen Legislaturperiode als auch des Diskussionsprozesses in der jetzigen, dass es einen Veränderungsbedarf gibt. Das wurde auch an der Vielzahl von Vorschlägen deutlich, die aus den Kreistagen gekommen sind. Jetzt geht es darum sicherzustellen, dass entsprechende Elemente des Projekts umgesetzt werden können. Wir werden weiterhin dafür streiten, sich langfristig auf demo-

grafische Veränderungen einzustellen. Wir werden weiterhin dafür streiten, Brandenburg in allen Landesteilen lebenswert zu machen – ob im Speckgürtel oder in den ländlichen Regionen. Wir werden weiter dafür streiten, einen solidarischen Ausgleich im Land zu erreichen. Deshalb schlagen wir vor:

Jetzt investieren!

Einen Großteil für die Verwaltungsstruktur bestimmten Mittel sollen für Investitionen in die Infrastruktur des Landes eingesetzt werden, um u. a. die Digitalisierung, den sozialen Wohnungsbau, die Krankenhäuser und die Mobilität entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen im Land Brandenburg weiter voran zu bringen.

Zusammenarbeit fördern!

Verwaltungskooperationen und freiwillige Fusionen werden wir auch weiterhin unterstützen. Wir bleiben bei Unterstützung freiwilliger Zusammenschlüsse von Kommunen (Mitverwaltungsmodell, AmtsgemeindeModell).

Kommunal Finanzen weiter verbessern!

Wir streben eine verbesserte Finanzierung der kommunalen Familie an und wollen deshalb die Verbundquote erhöhen, den Sozillastenausgleich werden wir ausbauen. Ein neues Finanzausgleichsgesetz soll das noch in dieser Legislatur sicherstellen.

Beim Schuldenabbau helfen!

Wir stehen zu der Zusage, den kreisfreien Städten bei der Entschuldung zu helfen. Eine Teilentschuldung durch das Land ist möglich, wenn die Städte Bereitschaft zu einer Kooperation mit den benachbarten Kreisen in zentralen Bereichen zeigen.

Aufgaben übertragen

Gemäß den Ergebnissen der Enquete-Kommission und des seitherigen Diskussionsprozesses ist zu prüfen, welche weitere Aufgaben auf dem vom Standarderprobungsgesetz eröffneten Weg an die Städte und Gemeinde übertragen werden sollten.

→ Zusagen einhalten!

Als Begleitmaßnahmen für die Verwaltungsstrukturreform waren Gelder zur Unterstützung über-örtlicher Kunst und Kultur für die Oberzentren und auch für die Städte Schwedt und Senftenberg zugesagt worden. An diesen

Zusagen wollen wir weiter festhalten. Auch für unsere Initiativen zur Verbesserung der direkten Demokratie und zur Verbesserung der Arbeit kommunaler Abgeordneter werden wir weiter werben.

Perspektiven für die Forstwirtschaft

Wir werden sicherstellen, dass die Gespräche zur Perspektive der Forstwirtschaft mit dem Ziel weitergeführt werden, einen Einstellungskorridor zu sichern und Altersteilzeit einzuführen.

Demokratie ausbauen, Ehrenamt stärken

Wir halten am Demokratiepaket fest und werden die Möglichkeiten direkten Mitbestimmung auf der kommunalen Ebene weiter ausbauen. Wir halten daran fest, dass die Kreistagsfraktionen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit deutlich mehr und besser unterstützt werden müssen. In diesem Sinne werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, Brandenburg zukunftsfest zu machen. Aber eben nicht mit der Brechstange, sondern mit offenen Augen und Ohren für die Probleme im Land.

Kindern helfen, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen

Zu den Ergebnissen der aktuellen Bertelsmann-Studie, wonach es u.a. armen Kindern kaum gelingt, aus den Verhältnissen auszubrechen, erklärt die Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der

Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt am 23. Oktober 2017:

„In Deutschland lebt jedes fünfte Kind in Armut, in M-V sogar jedes dritte. Diesen Kindern gelingt es kaum, den

Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Wer in Armut aufwächst, dem haftet sie meist ein Leben lang an. Die Entbehrungen und eingeschränkten

Fortsetzung S. 4

Möglichkeiten der Teilhabe, so die Forscher in der Langzeitstudie, prägen das Verhalten und Entscheidungen ein Leben lang. Es entwickelt sich eine ‚Unterschicht-Mentalität‘. Den betroffenen Kindern kann nur durch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geholfen werden, damit ihnen nicht zeitlebens die Armut wie Pech anhaftet. Die neue Bundesregierung, aber auch die Landesregierung von SPD und CDU in M-V müssen endlich wirksame familien-, bildungs-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut ergreifen. Alle Ressorts müssen dabei abgestimmt und bestmöglich zusammenwirken.

Gute Arbeit und gute Löhne jenseits des grassierenden Niedriglohn- und prekären Sektors sind grundlegende Voraussetzungen, die Lage zu verbessern. Kinder und Jugendliche brauchen eine eigenständige Grundsicherung statt Hartz IV, das hinten und vorne nicht für eine chancengleiche Teilhabe reicht. Die Landesregierung muss stärker in die frühkindliche Bildung, die Kinder- und Jugendhilfe, die Jugend- und Schulsozialarbeit investieren, um materiell benachteiligte Kinder und Jugendliche zu begleiten und zu fördern. Wir fordern zudem eine Kinderkarte im Wert von 50 Euro, um jedem Kind selbstbestimmt und unabhängig vom Elterneinkommen

die Teilhabe an Kultur, Sport, Freizeit und Bildungsangeboten zu ermöglichen.“

Zitat

«Wem die Schuldenbremse und die steuerliche Entlastung der Reichen wichtiger sind als der Kampf gegen Kinderarmut, der versündigt sich an unserer Zukunft»

Katja Kipping

Sondierungsgespräche: Tendenz spaltend

„CDU, CSU, FDP und Grüne haben erst die Halbzeit ihrer Sondierungsgespräche erreicht. Dennoch zeichnet sich schon jetzt ab, dass die mögliche schwarz-gelb-grüne Bundesregierung eine Koalition der gesellschaftlichen Spaltung wird: Schlecht für alle, die einen funktionierenden Sozialstaat brauchen, und ein Traum für das obere Viertel der Gesellschaft“, erklärt Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE,

zur Halbzeit der Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grünen. Korte weiter:

„Wer auf Mehreinnahmen durch die Vermögensteuer verzichtet und gleichzeitig keine Schulden aufnimmt, erteilt dringenden Investitionen in eine funktionierende Gesellschaft eine Absage. So wird aus der schwarzen Null eine Nulllinie auf dem EKG der Demokratie. Das Merkelsche ‚Weiter so‘, ergänzt um wirtschaftsliberale und elitär-ökologi-

sche Elemente, reicht nicht aus, um die miese gesellschaftliche Stimmung im Land und das sinkende Vertrauen in die Politik umzukehren. Es muss ein Politikwechsel stattfinden, der die Interessen des Großteils der Bevölkerung über die Interessen von Reichen und Konzernen stellt. Mit Investitionen in Bibliotheken, Buslinien, Schulen, Schwimmbäder, Breitbandnetze und Straßen, statt neuen Steuervergünstigungen für Reiche.“

Besuch beim Deutschen Bundestag am 9. und 10. Oktober 2017

Auf Anregung der Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus Brandenburg, Dr. Kirsten Tackmann, hatte der Besucherdienst des Presse – und Informationsamtes der Bundesregierung ein interessantes Programm geplant. Bei Sonnenschein starteten wir am Busbahnhof in Schwedt. In Angermünde nahmen wir weitere Teilnehmer auf, so dass der Bus vollständig besetzt war. Angekündigt in Berlin wurden wir durch



eine Betreuerin empfangen und nach einem kleinen Imbiss spazierten wir entlang des Reichstagsufers zum Reichstagsgebäude. Auf der Besucher-

tribüne des Plenarsaales bemühte sich eine Mitarbeiterin uns über die Sitzordnung, Aufgaben und Arbeit des Deutschen Bundestages zu informieren.

Besonders das – Bemühen – möchten wir sehr positiv herausstellen. Trotz der ständigen Tonstörungen und lauten Geräusche, verursacht durch die Umbaumaßnahmen für die neue Sitzverteilung im Parlament, hat die Dame es verstanden, uns interessan-

Fortsetzung S. 5

te Einblicke zu geben. Danach wechselten wir in einen Beratungsraum, in dem wir von unserer Bundestagsabgeordneten Genossin Dr. Kirsten Tackmann, begrüßt wurden. Interessant und lebhaft erklärte sie viele problematische Zusammenhänge, insbesondere auch über ihre bisherige Arbeit im Agrarausschuss- und wie schwer es sich gestaltet, vernünftige Kompromisse dort zu erzielen. Bei einigen Fragen aus unserer Besuchergruppe heraus waren wir zunächst erstaunt, weil wir angenommen hatten, uns unter annähernd Gleichgesinnten zu befinden. Wir gewannen den Eindruck, dass diese sich kaum mit den LINKEN als Oppositionspartei beschäftigt haben. Man nimmt eben solche Exkursionen mit – ob mit den Herren

Koeppen und Zierke usw.. Dr. Kirsten Tackmann legte bei diesen Fragestellungen sehr klar und fundiert die Position und Ziele unserer Partei dar. Thematisch befassten wir uns in der Diskussion mit den Wahlergebnissen, Landwirtschaftsstrukturen, Bodenverkäufen, Verwaltungsstrukturen, Steuerpolitik, Welternährung, Vogelpest usw. Zum Abschluss des Besuches kam es noch zu einem Rundgang auf der Dachterrasse mit Fototermin. Auf dem Programm am Nachmittag stand für uns ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Arbeit, welches wegen des „Schwebezustandes“ nach der Bundestagswahl nicht so bedeutsam war. Am 10. Oktober führte uns unsere Exkursion zum Denkmal für die ermordeten Juden

Europas und den Ort der Information. Hier erhielten wir zunächst einen kurzen Einführungsvortrag über die historischen Dimensionen des Holocaust sowie die inhaltliche Gestaltung des Denkmals. Insbesondere der Ort der Information mit seinem Raum der Namen, der Dimensionen und der Familien hat uns sehr beeindruckt. Den Abschluss unseres Besuches in Berlin bildete eine sehr ausführliche Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt- an politischen Punkten orientiert. Unsere Stadtführerin war ganz einfach erfrischend informativ. Zum Abschluss möchten wir uns noch einmal bei unserem „Geburtstagskind“ Genossin Irmgard Rothnick, für die „Busrunde“ bedanken.

Monika Gohl, Doris Meyner

Karl Marx – immer noch aktuell

deutlich -Marx- immer noch aktuell. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat kürzlich die Entwicklung der realen Bruttostundenlöhne von abhängig Beschäftigten genauer untersucht im Zeitraum von 1995 bis 2015. Das Ergebnis: Die Reallöhne in der untersten Einkommensgruppe waren rund 11 % niedriger als 1995. Diese Menschen konnten sich zuletzt für ihren Stundenlohn deutlich weniger leisten als vor 20 Jahren, insgesamt haben 40% der Beschäftigten Einbußen erlitten. Dagegen haben börsennotierte Unternehmen im Jahr 2016 rund 42,6 Milliarden Euro Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet. Würde man dieses Geld auf die 7,4 Millionen Beschäftigten verteilen, die weniger als zehn Euro pro Stunde erhalten, bekäme jeder ein Jahr lang zusätzlich rund 480 Euro pro Monat. Vor 150 Jahren, am 11. September 1867, erschien im Hamburger Verlag Otto Meissner der erste Band seines Hauptwerkes „Das Kapital“. Für die Medien gilt Marx heute als der große Prophet der Globalisierung. Inzwischen gibt es keinen ernst zu nehmenden Wissenschaftler, der seine Leistungen nicht anerkennt, weil kein sozialwissenschaftliches Werk in den letzten 150 Jahren eine so starke politische Wirkung gehabt hat. Karl Marx scheint rehabili-

tiert. Der Ökonom Elmar Altvater meint, dass man für Planpannen und den Terror im Sowjetkommunismus nicht Marx verantwortlich machen darf. Anlässlich seines 200. Geburtstages findet in seiner Geburtsstadt Trier 2018 eine große –Karl- Marx- Landesausstellung statt, deren Schirmherrschaft Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident übernommen hat. Und es wäre zu hoffen, dass Marx auch nach der „Absolvierung“ des 200. Geburtstags weiter gelesen wird. Einer der profiliertesten Marx-Kenner hierzulande, Thomas Kuczynski, im ND vom 19./20. August 2017: „Marx hat nie eine unpolitische Wissenschaft gemacht, aber ich glaube nicht, dass er seine Wissenschaft im Dienste einer Politik betrieben hat. Er hat im Interesse der Arbeiterklasse geschrieben. Das „Kapital“ gilt als Bibel des Kommunismus, ist aber im Unterschied zur Bibel viel weniger gelesen worden, ... Sich mit Marx zu konsultieren, kann nie falsch sein; solange man nicht auf die Idee kommt, dass man ihn nur eins zu eins umsetzen muss und schon wird alles gut“. Einige Marxsche Thesen bzw. Voraussagen möchte ich an dieser Stelle auf Grund ihrer Aktualität hervorheben:

. Die kapitalistische Akkumulation untergräbt die Springquelle alles Reichtums: die Erde und den Arbeiter. Der

Kapitalismus wird sich selbst überleben, weil er die Arbeiter ausbeutet und die Umwelt zerstört und so das Fundament, auf dem er gegründet ist, unterhöhlt!

. Die Unternehmen wachsen nicht nur national, sondern stellen sich auch zunehmend international auf, um ihren Zugang zu Rohstoffen und weltweiten Absatzmärkten abzusichern. Das Ergebnis - die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes, also eine globalisierte Wirtschaft. In der MOZ vom 9./10. September 2017 bemerkt dazu Mathias Greffrath: „Wenn der Gewinn kleiner wird und sich keine Rendite mehr erzielen lässt, die die unersättliche Gier der Aktionäre befriedigt, reagieren Unternehmen noch immer so, wie Marx es ... beschrieben habe: Sie verlängern die Arbeitszeit, schwächen die Gewerkschaften, verdichten Arbeit und senken Einkommen. Weil die Menschen im Westen das nicht unbegrenzt mit sich machen lassen, wird die Produktion in die Länder der Dritten Welt verlagert... Bis irgendwann auch dort die Arbeiter rebellieren und sich verweigern“. Der derzeitige Werteverfall zeigt.

Was ist also Gerechtigkeit?

Monika Gohl

Termine

Fraktionssitzung	04.12.2017 17:00	Fraktionsraum
Kreisvorstand	06.12.2017 18:30	Uhr Prenzlau
SVV	07.12.2017 16:00	UBS
Stadtvorstand	14.12.2017 16.30	Uhr Geschäftsstelle



Rainer Sturm/ pixelio.de

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

11.12.17 Marlis Wiegang zum 85. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

22.11.17 Frank Nitzschke zum 66. Geburtstag
 23.11.17 Ingrid Gernoth zum 79. Geburtstag
 29.11.17 Andreas Grote zum 37. Geburtstag
 01.12.17 Ursula Taubert zum 81. Geburtstag

Wir trauern um

Klaus Hempel, verstorben am 16.10.17 im Alter von 79 Jahren

Ein großer Kämpfer ist von uns gegangen

Noch in der Oktoberausgabe des KoppHoch steht unter dem Leitartikel zur Oktoberrevolution neben dem Namen von Eva auch der von Klaus Hempel. Mit Bestürzung und Trauer müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass uns unser Genosse Klaus Hempel am 16.10.2017 für immer verlassen hat. Der Schwedter Stadtverband DER LINKEN ist seit 1998 ohne Klaus Hempel nicht vorstellbar.

Von 2001 bis 2007 war er sein Vorsitzender. Keiner hat den Stadtverband unserer Partei so geprägt wie er. Für die Akzeptanz der Partei in unserer Stadt hat er sich stark gemacht und gekämpft.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Stadtvorstand leistete Klaus mit der Organisation von Bildungsveranstaltungen (oder vom Polit-Frühshoppen) seinen persönlichen Beitrag für die Entwicklung unseres

Stadtverbandes. Das Ansehen der Partei lag ihm seit seiner Aufnahme 1956 immer am Herzen und deshalb zögerte Klaus auch nicht, Missstände ohne Ansehen der Person kritisch anzusprechen. Mit Unzulänglichkeiten und halben Sachen konnte er sich nicht abfinden. Das war für seinen weiteren Lebensweg charakteristisch, ob als Funktionär der FDJ, als Mitarbeiter der Amtes für Jugendfragen und des Landwirtschaftsministeriums der DDR oder im Rat des Bezirkes Schwerin. Auch als er schon krank war, ließ er es sich nicht nehmen, an unseren Veranstaltungen stets konstruktiv teilzunehmen und die Arbeit des Stadtverbandes kritisch zu begleiten. Seine Worte hatten Gewicht und das nicht nur in der Partei. Klaus Hempel war in Schwedt eine anerkannte Persönlichkeit.

Er wird uns fehlen!

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 12/2017: 10.12.17

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

Gestaltung:

A. Grote

Druck:

Druckerei Wippold

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 27.11.17, 10-12 Uhr

Mo, 04.12.17, 10-12 Uhr

Mo, 18.12.17, 10-12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail: schwedt@dielinke-
uckermark.de

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: <http://www.dielinke-uckermark.de>

DIE LINKE Schwedt/Oder

Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!